

Armutbericht 2008 im Auftrage der Bundesregierung

26% im reichen Deutschland sind arm, so der Armutsbericht 2008. Nachrichten im Rundfunk besagen, dass jeder 4. Mensch in der BRD von Armut betroffen sei. Beschönigend wird gemeldet, dass 13% arm sind, weitere 13% durch staatliche Transferleistungen vor der Armut bewahrt werden. Holla, das klingt, als ob die als ALG II oder Grundsicherung ausbezahlten Tranferleistungen von 347 Euro 13% der Bürger des Landes reich machen. Der Regelsatz mit seinen ab Januar 2008 erneut verschobenen und verschrobenen Einzelposten reicht nicht vorne und auch nicht hinten, beruht angeblich auf einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe EVS 2003. @lptraum berichtete u.a. im Oktober 2006 über das Zustandekommen der Verbrauchsstichproben. Der aus der Sozialhilfe übernommene so genannte Warenkorb deckt, so man die Einzelleistungen betrachtet, in keiner Weise die Bedarfe der durch Arbeitsplatzvernichtung und mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze in Armut gedrängten Menschen. Hingegen öffnet sich weiterhin die Schere zwischen Arm und Reich. Kaum noch Kaufkraft für den Großteil der Bevölkerung lässt die Binnennachfrage stagnieren, der so genannte Mittelstand, Handwerker



und Kleinunternehmer, haben kaum noch Überlebenschancen. Die Konkurrenz durch städtische oder so genannte gemeinnützige Betriebe, die wegfallenden Aufträge durch die öffentlichen Hände trugen und tragen auch weiterhin zu Arbeitsplatzverlust und Einkommensverlusten bei. Die massenweise vergebenen 1-€-Jobs, angeblich zur Vorbereitung auf reguläre Arbeitsplätze, führten, wie durch die Forschungsstelle der Bundesagentur (IAB) bestätigt, nicht zu den öffentlich vorgegebenen Zielen. Gerade die kirchlichen Einrichtungen rühmen sich immer noch mit ihrer Selbstlosigkeit, mit der unter dem Vorwand der Konditionierung die Ar-

beitskraft von Erwerbslosen schamlos ausgenutzt wird. Wie die Vordenker mit Aufklärung und Kritik umgehen, auf Seite 6 ist beispielhaft das Vorgehen beschrieben, mit dem kritische Berichte über eine dieser Einrichtungen erst in Bahnen gelenkt werden sollen, dann gänzlich in den befreundeten Medien gestoppt werden. Soweit zum Umgang mit den Medien. Auf jeden Fall muss auch das Bild in den Innenstädten geschönt werden. Änderungen in den Polizeiverordnungen machen es möglich, unliebsame Zeitgenossen aus den Städten zu verbannen. Die Polizei kann demnach mehrwöchige Aufenthaltsverbote in der Innenstadt gegen Jedermann aussprechen. Durch die Privatisierung öffentlicher Räume war bereits schon immer mehr Raum dem Bürger entzogen, in dem Privat-Sherriffs durchaus auch willkürlich Menschen ausgrenzen können. Verbot des Eintrittes in den an allen Ecken entstehenden Shopping-Tempeln für Arme? Einkaufsmöglichkeiten für Bedürftige demnächst nur noch in den so genannten Sozialkaufhäusern? Gut das im fairKauf die pädagogischen Entscheider zumindest dem Wert der Ware Würde verschafft haben, pädagogisch wichtig, eine Sozial-Rabattierung vehement ablehnen. (Alp)

<p>Neues zum</p> <p>"Sozial-Tarif-Ticket"</p> <p>Gespräch mit der</p> <p>SPD-Fraktion der Region</p> <p>siehe Seite 2</p>	<p>offizieller</p> <p>Armutbericht</p> <p>wie auch Erwerbslosenzahlen</p> <p>gefälscht ?</p> <p>siehe Seite 4</p>	<p>Neuaufgabe Berufungs-Prozess</p> <p>"Offenes Mikrofon"</p> <p>beim Landgericht Hannover.</p> <p>Obrigkeit will Ruhe um jeden Preis ?</p> <p>siehe Seite 5</p>
--	--	---

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



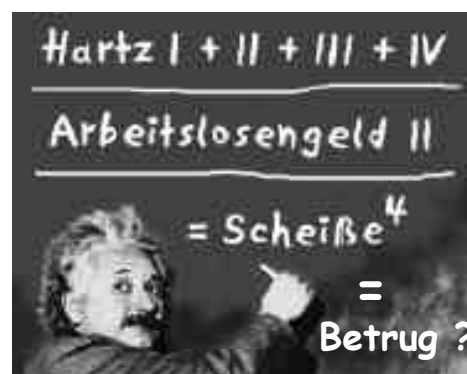
Erneut Gespräche zum Sozialtarif in der Region Hannover

Die in Interviewform bei den Job-Centern und Sozialämtern durchgeführten Befragungen des Marktforschungsinstitut e-mares zum Sozialtarif sind abgeschlossen. Zur Klärung weiterer Sachverhalte und Wünsche von Betroffenen waren am 06.05.07 Mitglieder von Organisationen, die ein Sozialticket für den Großraum Hannover fordern, zu einem Gespräch mit der SPD-Fraktion der Region Hannover geladen. Einig war man in der Sache, einen Sozialtarif für üstra/GVH durchzusetzen. Die Beschlusslage von Rot/Grün in der Region Hannover befürwortet es auch, allerdings seien die Zuschüsse zum öffentlichen Nahverkehr freiwillige Leistungen der Region und sind nur nach Haushaltslage möglich. Ein Grund dafür, dass Organisationen wie z.B. AWO, die auch auf freiwillige Leistungen der Region hoffen, in Konkurrenz zum Sozialtarif stehen, das Sozialticket nur halbherzig unterstützen. Unterstützung erhielten Erwerbslose am 1. Mai auf dem ver.di-Erwerbslosenstand durch 90 weitere Unterschriften zur Sozial-Tarif-Forderung. @lptraum dankt hiermit den fleißigen Unterschriftensammlern. In der Gesprächsrunde bei der SPD-Fraktion wurde seitens der Betroffenen-Vertretungen vehement auf den im Regelsatz mit nur ca. 14,- -15,- Euro enthaltenen Anteil zur Mobilität hingewiesen. Nach der neuen Regelsatzliste (1.1.08), veröffentlicht u.a. vom ASG in Hannover, ist

für den Vorstand einer Bedarfsgemeinschaft in der Abteilung 07 = Verkehr, in der Spalte "fremde Verkehrsdienstleistungen" (ohne Luftverkehr und Reisen) jedoch nur noch 12,40 € vorgesehen, für weitere BG-Mitglieder (z.B. Kinder) sind es nur noch 7,43 € bzw. 9,93 €. **Darum bleibt dringend die Forderung, für eine Monatskarte im Sozialtarif höchstens 15,- € anzusetzen.** Dortmund hat die Monatskarte zu 15,- € eingeführt, in Braunschweig kostet die eine Sozial-Monatskarte nur 12,- €. Die Vorschläge zu Preisgestaltungen werden derzeit von der Verwaltung erarbeitet, verschiedene Berechnungs-Modelle zu Ausgabepreis an Berechtigte und dem dadurch erforderlichen Zuschussbedarf der Region an üstra bzw. GVH durchgerechnet. Sie sollen als eine Beschluss-Drucksache zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses der Region vorgelegt werden. Angestrebt ist eine Beschlussfassung noch vor der Sommerpause des Regionsparlamentes. Ob die erarbeiteten Vorschläge die Hürde der Haushaltsberatungen schaffen? @lptraum bleibt kritisch. Gemeinsam mit dem Sozialen Bündnis Hannover wird mitgerechnet, werden die Ergebnisse und Rückschlüsse der Verwaltung, so sie zugänglich gemacht werden, geprüft und hinterfragt.

Nach wie vor gibt es die Zusage von Rot/Grün, zum Fahrplanwechsel im Dezember 2008 auch den Sozialtarif

einzuführen. Da hier die Region Hannover der Adressat ist, wäre eine Berechtigungskarte als REGIONSPASS ö.ä zu benennen. Die Ausgabe könnte an Leistungsbescheide der JobCenter oder der sozialen Einrichtungen der Gemeinden und Landeshauptstadt gekoppelt sein. Diese sind in der Regel auf ½ Jahr begrenzt. Aus Bürgersicht könnten die Bürgerämter die Ausgabe der Sozial-Pässe übernehmen. In den Städten Köln, Stuttgart und Oldenburg ist dieses bereits eine kostenarme Praxis, @lptraum berichtete in den letzten Ausgaben ausführlich, auch Asphalt hat das Thema "Sozialtarif" aufgegriffen. (Alp)



@Ibert Einstein im Juni:

"Moralisches Handeln allein kann dem Leben Schönheit und Würde verleihen."

(Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortsarbeitslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grotthian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative "Offenes Mikrofon" Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

"ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Ex-Kanzler Schröder schuf die Agenda 2010 - Wir dagegen den @lptraum



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
 Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

@lptraum-Info: Keine Karten auf Vorrat bei neuen üstra-Automaten

An den neuen üstra-Automaten, die seit Mai aufgestellt werden, soll es keine Fahrkarten mehr auf Vorrat zu kaufen geben. Die Karten sind künftig immer gleich gestempelt. Damit gibt es auch keine vergünstigten "Streifenkarten" mehr. Das ist zwar auch bei den Tix & Mux-Maschinen schon so, die üstra hatte allerdings zwischenzeitlich geprüft, ob sie bei den neuen Modellen wieder umstellt. üstra-Sprecher Udo Iwannek begründete die Entscheidung mit möglichst einfacher Bedienung: *"Jeder Schritt mehr ist für Kunden eine Stolperfalle."* Befragungen hätten außerdem ergeben, dass nur wenige Kunden an den Automaten Streifenkarten verlangen würden. An den Verkaufsstellen werde es weiterhin Fahrkarten auf Vorrat geben. Außerdem könnten Kunden auch am Automaten Tickets zum Vorverkaufspreis bekommen. Iwannek: *"Wer mit Geldkarte kauft, zahlt fürs Ein-Zonen-Ticket nur 1,90 statt zwei Euro."* Zunächst wird es an den Automaten auch nicht das beliebte Wochenend-

Ticket der Deutschen Bahn (DB) geben. Das bedeutet für Kunden Mehrkosten. Wer damit fahren will, muss z.B. weiterhin erstmal mit der Fahrkarte des Großraum-Verkehrs (GVH) zum Hbf Hannover - obwohl das DB-Ticket auch im GVH gilt. *"Das ist technisch nicht so einfach"*, begründete der üstra-Sprecher. Zunächst müsse sichergestellt werden, dass die Automaten die eigenen Karten verkaufen. In einem zweiten Schritt solle aber über Ergänzungen des Sortiments (@lptraum 03/08: **SozialTicket**) nachgedacht werden. Iwannek: *"Es ist möglich, erste Gespräche hat es auch schon gegeben."* - Bis Sommer 2009 sollen rund 340 neue Automaten an den 190 üstra-Haltestellen für circa 9,6 Mill./Euro aufgestellt werden.

üstra-Bilanz 2007:

Fahrgast-Umsatzerlös 114,907 Mill. Euro, davon allein 2,042 Mill. Euro Einnahmen durch das erhöhte Beförderungsentgelt. Erwischt und zur Kasse gebeten: 88.640 "Schwarzfahrer"...

Infos: www.uestra.de (ErSt)



Gestörtes Demokratieverständnis der Abgeordneten und Ratsleute

Zur Ratssitzung am 13.05.08 wurden Stefan Weil, dem Oberbürgermeister Hannovers, 2000 Unterschriften gegen die Schließung der Bücherei des Freizeitheim Linden überreicht.

"Es seien keine Verschlechterungen für die Bürger zu erwarten." Als Ersatz stünde demnächst die aus Sicht der Verwaltung doch verkehrstechnisch günstig gelegene und erweiterte Bücherei am Lindener Markt zu Verfügung. Das ist kein Trost für die bisherigen Nutzer aus Linden-Nord, Limmer und Ahlem usw., für die sich die Wege dann erheblich verlängern. Auf die Protest-Unterschriften wurde nicht eingegangen. Den ca. 120 auf der Tribüne Zuhörenden wurde vom stellvertretenden Bürgermeister

Strauch jegliche Bei- oder Missfallens-Äußerung untersagt, als der zu Thema Bücherei-Schließung anfragende Rats Herr und Alterspräsident Luk List (Linke) immer wieder nachfragen mußte, aber zu den Fragen einer Verschlechterung für die Lindener Bürger keine konkrete Auskunft erhielt. Viele der Besucher hatten ein Buch mitgebracht, in dem sie während der Sitzung, manchmal mitmurmelnd, lasen. Das war Anlass für die Saaldiener, Bücher zu konfiszieren bzw. vereinzelt Besucher von der Besuchertribüne zu entfernen, auch waren mehrere Polizeibeamte am Tribünenausgang platziert. Anstatt Eingehen auf die berechtigten Bürgerwünsche eine Abfuhr und eine formale Abkanzelei der

Fragesteller (Rats Herr List), wie sie Bürger bei Einwohnerfragestunden auch wiederholt zu spüren bekommen. Es wird stets unmöglich gemacht, die Anfragen auch mit dringend erforderlichen Erklärungen zu versehen. Ablehnung direkten Kontaktes mit dem Volk und Ausgrenzung. Das Volk aus- und wohlmöglich auch einsperren, so es den "Volksvertretern" zu nahe kommt? FDP-Vizefraktionschef Martin Hexelschneider behinderte die am gleichen Tage stattfindende, angemeldete Taxi-Demo, in dem er sich den ca. 200 vor dem Rathaus im Corso vorbeifahrenden Taxis in den Weg stellte. **Behinderung der Grundrechte durch Politiker und Polizei? Das kennen wir doch!**(Alp)

33 üstra-Prüfer + 28 protecService-Prüfer: Schwarzfahren? - Nein Danke !

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitslosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder ! Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



radio flora ((-
Hannovers Lokalradio

UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Urteil LSG Nds.-Bremen: Kein ALG-II-Umzug im Bananen-Karton...

ARGE muss Renovierung und Umzugskartons bezahlen. Bananenkisten reichen nicht !



Empfänger von ALG II (Arbeitslosengeld II) haben bei einem genehmigten

Umzug Anspruch auf Leistungen für Schönheitsreparaturen in der alten Wohnung sowie die Bezahlung von Umzugskartons. Das entschied das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen mit Sitz in Celle in einem Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz.

(Az.: L 9 AS 647/07 ER). Im konkreten Fall hatte eine Hilfebedürftige für den Kauf von 25 Umzugskartons sowie Farbe und Malerzubehör einen Zuschuss von 114,12 € beantragt. Die zuständige Behörde lehnte den Antrag jedoch ab, da die Antragstellerin nicht zu einer Auszugsrenovierung verpflichtet sei. Umzugskartons seien zudem nicht notwendig, da die Hilfebedürftige auch mit kostenlos erhältlichen Bananenkartons umziehen könne.

Die Richter am Landessozialgericht sprachen der Hilfebedürftigen die verlangte Leistung hingegen zu. Zwar sei

die Antragstellerin nicht zur Auszugsrenovierung, wohl aber zu Schönheitsreparaturen verpflichtet. Da sie die alte Wohnung drei Jahre bewohnt habe, falle laut Mietvertrag zumindest eine Renovierung von Küche und Bad an. Die entstehenden Kosten müsse die Behörde gemäß Paragraf 22 Absatz 1 SGB II übernehmen. Das gelte auch für die Anschaffung von Umzugskartons. Die Verpackung des Hausrats in Bananenkartons sei schon wegen der Haftungsbedingungen des Umzugsunternehmens für Transportschäden ausgeschlossen. Allenfalls bei Kleinumzügen könne die Behörde von ALG-II-Empfängern verlangen, sich kostenlos Verpackungsmaterial zu beschaffen. *Alles Banane, oder was?* **LSG Niedersachsen-Bremen, Entscheidung vom 28.01.2008, (Az.: L 9 AS 647/07 ER) (ErSt)**

Hartz IV schafft (unerwartet ?) Arbeit - Gerichte mit Klagen überfordert

Gerichte mit Klagen überfordert !

Die Flut von Hartz-IV-Verfahren an Deutschlands Gerichten ebbt nicht ab. Jetzt fordern überlastete Richter eine neue Gesetzgebung. Die Zahl an Klagen werde 2008 noch ansteigen, prognostiziert die Präsidentin des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen, Monika Paulat. In einigen Bundesländern liege der Anteil der

Hartz-IV-Verfahren vor den Sozialgerichten bei 50 Prozent. „**Macht die Gesetzgebung besser**“, forderte Paulat am Mittwoch in Rotenburg und verlangte eine intensivere Ausbildung bei den zuständigen Ämtern. Bei der Gesetzgebung sei vieles mit „heißer Nadel“ gestrickt. Und gerade bei Hartz IV seien „die Novellierungen auch nicht besser als das, was vorher war“. „2005

haben wir nicht geglaubt, dass Hartz IV uns so überrollen wird. Das hat unsere Erwartungen weit übertroffen“, sagte Paulat. Bei den Streitigkeiten geht es beispielsweise um Kürzungen der Leistung, wenn sich ein Hartz-IV-Empfänger nicht um einen Job bewirbt oder zu Vorstellungsgesprächen nicht erscheint. Die Zahl der Verfahren würde ständig steigen, so Paulat. (DoMi)

Einkommens-Statistik zum Armutsbericht beruht auf Fälschung ?

Das Durchschnittseinkommen wird unter Auslassung aller Einkommen über 18.000 Euro im Monat errechnet. In einem Interview mit der "taz" Nord (Bremen) teilt Karl Schlichting vom Statistischen Landesamt Bremen mit: "Seit einigen Jahrzehnten werden Personen, die pro Monat mehr als 18.000 Euro verdienen, für die Erhebungen, auf denen die Armutsberichte basieren, nicht mitgerechnet. ... Für den Staat hat das den angenehmen Nebeneffekt, dass

die Hartz IV-Sätze unten gehalten werden - die orientieren sich nämlich an dem ermittelten Durchschnittseinkommen." Die Armut in Deutschland ist größer, als von den offiziellen Stellen behauptet. Fälschung der Statistik wie auch bei den Arbeitslosenzahlen, die Erwerbslose herausrechnen, obwohl die Erwerbslosigkeit nicht beendet ist, die Betroffenen sanktioniert oder in oft sehr dubiose Maßnahmen wie z.B. Bewerbungstraining gepresst sind, weiterhin

ihre Bewerbungsbemühungen auch nachweisen müssen. Der Armutsbegriff definiert sich durch das durchschnittliche Einkommen im jeweiligen Lebensumfeld. In einem reichen Land wie Deutschland mit täglich steigenden Preisen sind zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zum reinen Überleben, wesentlich höhere Geldmittel erforderlich. **Höhere Regelsätze und ein Mindestlohn sind dringend erforderlich, Ehrlichkeit notwendig.** (HaDe)

Aktueller Armutsbericht: 28% Betroffene in Deutschland (23% im Vorjahr)

@lptraum-Nachlese aus dem Jahr 2005: Fax an den Alptraum

TAZ-Bericht über den "Alptraum-Logo-Streit" mit der Bundesagentur
Diese Alptraum-Veröffentlichung des Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors Kai Schöneberg:



Im Logo-Streit zwischen einer kleinen Erwerbslosenzeitung aus Hannover und der Agentur für Arbeit greift die Nürnberger Behörde zur Keule und droht mit Klagen. Es bestehe Verwechslungsgefahr....

"Alptraum" heißt treffend das Magazin aus Hannover, das seit Anfang Januar monatlich über die Sorgen und Nöte Arbeitsloser in der Region berichtet. Man könnte nun meinen, die Alpträumer hät-

ten bereits genug Scherereien mit den Arbeitsämtern. Ausgerechnet von der Nürnberger Zentrale der Agentur für Arbeit flatterte aber jüngst ein Fax in die Redaktion, das für weiteren Gram sorgte. Der Inhalt: Die Justiz-Abteilung der Agentur schrieb, das Blatt, das in einer Auflage von höchstens 2.500 Stück umsonst verteilt wird, müsse umgehend sein Logo ändern. Durch die Verwendung des dreieckigen Agentur-A werde "in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, Sie stünden mit uns in Verbindung". Anbei auch die Drohung: Wenn die Alpträumer nicht umgehend eine Unterlassungserklärung unterzeichneten, stehe der Gang vors Gericht bevor, und eine Strafe von zunächst 5.000 €. Weil es besser aussieht und relativ gut zum Thema passt, hatte das Alptraum-Redaktions-Kollektiv das "A"-Logo der Arbeitsagentur als ersten Buchstaben für seinen Titel gewählt, auch im Internet und auf den Briefköpfen. "Ja, es war ein ähnliches Logo wie das der Agentur unseres Vertrauens", sagt Redakteur Heinz-Dieter Grube, der in seinem vorherigen Berufsleben Elektriker war. Er hat sich mit einigen Leidensgenossen zusammengetan, "um eine Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose" zu produzieren. Ab und zu dürfen sie bei ver.di oder beim DGB die Kopierer benutzen, um die Zeitung zu vervielfältigen - ansonsten lebt das Projekt bislang von purer Eigeninitiative. Die scheint auch bitter nötig: Das alte Arbeitslosenmagazin aus Hannover namens "Halz" gibt es seit vorigem Jahr nur noch online, zu den Obdachlosen vom "Asphalt" gehö-

ren Macher wie Leser ja nun auch nicht: Sie sind "nur" arbeitslos. Aber sie können sich wehren: Unter der Überschrift "Das Imperium des Wolfgang Clement schlägt zurück" beschreibt der "Alptraum" in seiner jüngsten Ausgabe, wie der GoliathArbeitsagentur gegen die Zeitungs-Zwerge vom "Alptraum" zu Felde zog. "Jeder hilft sich eben, wie er kann", heißt es im Text. Und: "Anstatt durch kompetente Beratung und gezielte Förderung von Erwerbslosen den Verdacht einer Verbindung zwischen Alptraum und Arbeitsagentur zu zerstreuen, werden uns drastische Sanktionen angedroht".

Notgedrungen ist der "Alptraum" eingeknickt: Anstatt des Agentur-A benutzen die Zeitungsmacher nun das Mailadressen-Zeichen "@" im Titelkopf. Die Zeitung heißt nun "@lptraum", inhaltlich bleibt alles beim Alten. Redakteur Grube hat zudem in Nürnberg angefragt, ob die Zeitung wenigstens bei der Berichterstattung über die Agentur das Logo benutzen dürfe. "Natürlich", sagt Agentur-Sprecher Ulrich Waschki. Ansonsten hält er das Ganze für "ein absolut übliches Verfahren". Die Agentur-Logos, altes wie neues, seien geschützte Markenzeichen*. Waschki: "Sonst besteht da doch Verwechslungsgefahr".

(taz Nord Nr. 7705 vom 2.7.2005, Seite 32, 100 TAZ-Bericht Kai Schöneberg) - www.taz.de/pt/2005/07/02/a0353.nf/text *)Böse Zungen behaupten:

Die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg hat daraufhin im Juni 2005 auch ihr "A"-Logo geändert.

Alles Logo, oder was ? (ErSt)

Prozess um Mikrofonverbot: Wer gehört hier auf die Anklagebank ?

Anordnung der Polizeiverwaltung: Mikrofoneinsatz erst ab 50 Teilnehmer. Diese Anordnung stellt aus Sicht der Anmelder der Montagsdemo, die bei der Polizei eine Kundgebung mit einem offenen Mikrofon anmeldeten, einen unzulässigen, gar willkürlichen Eingriff in die Versammlungs- und Meinungs-Freiheit dar. Das Versammlungsrecht, ein Recht aus dem Grundgesetz wäre gegenüber anderen Rechten, z.B. dem Emmissions-Gesetz (Lärmschutz) dringend zu bevorzugen, zumal diese Kundgebung nur für 1 Stunde angemeldet ist und sich laut amtlichen Aussagen, bisher keiner der Anwohner beschwert hat.

Anordnungen zum Versammlungsrecht erhalten Bestandskraft, sind bei Verstößen strafbewehrt und können nur mittels dem Rechtsbehelf der Beschwerde angefochten werden. Dumm gelaufen,

wenn abermals Verwaltungsrichter niedriger Instanzen keine ordentliche Abwägung der Rechte vornehmen, sich mit der Polizeidirektion verbünden und eine durch kein Gesetz abgedeckte Auflage bestätigt. Formal die "Arschkarte" für die Demokraten, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben möchten, aber ohne Verstärkeranlage in Hannovers Innenstadt nicht gehört werden können. Eine Prozessfortsetzung, abermals mit einer erneuten Beweisaufnahme mit Ladung von 13 Zeugen, überwiegend die am Polizeieinsatz vom 05.02.2007 beteiligten Polizeibeamten, findet **Do. 05.06.08 und Mi. 11.06.08 im Landgericht, jeweils um 9.00 Uhr in Raum 2 H 2** statt. Lutz Beier, im Amtsgerichtsprozess von der Anklage der Körperverletzung gegenüber dem Polizeibeamten Neumann entlastet, ließ

sich nicht auf ein Urteil ein, das ihn als schuldig des Widerstandes gegen Vollzugsbeamte abstempelte. Ob dieser Berufungsprozess den Polizei-Einsatz, auch durch die Aussage eines unbeteiligten Passanten als unangemessen und brutal bestätigt, als unzulässig. erkennt und zu Freisprüchen der bisherigen Angeklagten führen wird. Die von der Polizei an der Ausübung ihrer grundgesetzlich garantierten Versammlungsrechte behinderten Menschen würden es begrüßen. Sie sind auch der Meinung, dass eigentlich die Polizeidirektion und die befehlsempfangenden Polizeibeamten Unrecht durchsetzen wollen. Verurteilung nur aufgrund Verhaftung ? Die Prozesse kosten (viel) Geld. (Alp) **Spendenkonto Wiebke Koepsell**
Konto Nr. 185 164 503
Postbank BLZ 370 100 50

Hartz-IV-Regelsatzerhöhung ab 1.7.2008 um 1,1 Prozent auf ca. 351,- Euro

@lptraum-IAB-Studie: Für ein paar €uro mehr...

Fazit: 1-Euro-Jobs verdrängen massiv reguläre Arbeitsplätze !

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB (Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit) hat eine aktuelle Analyse der Eingliederungschancen von 1-Euro-Jobbern durchgeführt. Die Autoren der vorliegenden Studie Katrin Hohmeyer und PD Dr. Joachim Wolff sind u.a. wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiter des Forschungsbereiches "Lohnersatz und Grundsicherung" im IAB Nürnberg.



1-Euro-Jobs bringen nur einigen bessere Jobchancen: 20 Monate nach Beginn eines 1-Euro-Jobs zeigen sich bei einigen Teilnehmergruppen positive Eingliederungswirkungen, bei anderen dagegen nicht. Vor allem bei westdeutschen Frauen wirkt sich die Teilnahme positiv auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit aus, geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Allerdings trägt der 1-Euro-Job nicht zur Beendigung der Bedürftigkeit bei. Die Wahrscheinlichkeit, den Hilfebezug zu beenden, ist sogar geringer als bei vergleichbaren Arbeitslosen ohne 1-Euro-Job. Wer an der Maßnahme teilgenommen hat, akzeptiere eher auch schlecht bezahlte Tätigkeiten und erhalte somit häufig ergänzende Hartz-IV-Leistungen, schreiben die IAB-Arbeitsmarktforscher Katrin Hohmeyer und Joachim Wolff. Die Wahrscheinlichkeit, eine Stelle zu finden, steigt durch 1-Euro-Jobs kurzfristig nur für einige Teilnehmergruppen. Dazu gehören insbesondere Personen, die lange nicht beschäftigt waren. Am stärksten aber profitieren westdeutsche

Frauen. Sie haben 20 Monate nach dem Beginn ihres 1-Euro-Jobs eine um immerhin drei Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auszuüben, als vergleichbare Nichtteilnehmerinnen.

"Einsperreffekt" in den ersten sechs Monaten: Während des 1-Euro-Jobs nehmen Maßnahmeteilnehmer seltener eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf als die Mitglieder der Vergleichsgruppe. Dieser "Einsperreffekt" tritt auf, weil 1-Euro-Jobbern weniger Zeit für Bewerbungen bleibt und weil sie häufig den 1-Euro-Job als Alternative zur regulären Beschäftigung sehen. Erst nach der Teilnahme an der Maßnahme zeigen sich die positiven Effekte.

Keine Eingliederungswirkungen bei Jüngeren: 1-Euro-Jobs werden sehr oft bei jüngeren Arbeitslosen unter 25 eingesetzt. Sie machen ein Viertel aller Teilnehmer aus, stellen aber nur gut 10 Prozent der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger. Bezogen auf die Wahrscheinlichkeit, im Anschluss einer regulären Beschäftigung nachzugehen, sind hier keine Erfolge messbar. Das IAB warnt aber davor, daraus zu schließen, dass 1-Euro-Jobs grundsätzlich nutzlos seien. Gerade Jüngere würden 1-Euro-Jobs häufig vermeiden wollen und sich daher verstärkt um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bemühen, solange sie keinen 1-Euro-Job haben. Dies könnte erklären, warum die Vergleichsgruppe erheblich höhere Eingliederungszahlen aufweist als die Teilnehmergruppe.

Auswahl der Teilnehmer verbessern: Da 1-Euro-Jobs nicht bei allen Gruppen die Jobchancen erhöht haben, empfehlen die IAB-Forscher grundsätzlich, die Teilnehmer gezielter auszuwählen. Zu bedenken sei aber auch, dass 1-Euro-Jobs nicht nur zur Verbesserung der unmittelbaren Jobchancen dienen. Vielmehr würden sie ebenso genutzt, um die Arbeitsbereitschaft von Arbeitslosen zu prüfen oder die soziale Integration zu fördern. Der Erfolg von 1-Euro-Jobs lasse sich daher nicht ausschließlich anhand

der Beschäftigungswahrscheinlichkeit im Beobachtungszeitraum von 20 Monaten beurteilen, betonen die Nürnberger Arbeitsmarktforscher. Im Jahr 2007 haben mehr als 750.000 Personen einen 1-Euro-Job angetreten. In der Regel beträgt die Dauer sechs Monate. Knapp 3.600 Menschen in Hannover arbeiten für 1 Euro pro Stunde zusätzlich zu ihrem Einkommen als Hartz-IV-Empfänger. In kirchlichen, sozialen und städtischen Einrichtungen (u.a Stützpunkt Hölderlinstraße 6) verrichten die 1-Euro-Jobber Arbeiten wie Grünflächenpflege, Renovierungsarbeiten und Altenbetreuung. 1.400 Euro pro Monat kostet dabei jeder 1-Euro-Jobber den Staat, rechnet der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB vor. Zusätzlich zu Unterhalt und Aufwandsentschädigung fallen etwa 600 Euro Verwaltungskosten an. (*@lptraum berichtete mehrfach über den städtischen Stützpunkt Hölderlinstraße, siehe auch Hannoversches WOCHENBLATT Nr. 13 vom 26.03.2008 und Nr. 16 vom 16.04.2008*)

Gesetzlicher Auftrag: Das IAB erforscht den Arbeitsmarkt auf Grundlage zweier gesetzlicher Aufträge, die für den Bereich der Arbeitslosenversicherung im Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) und für das Grundsicherungssystem für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) geregelt sind. Das Sozialgesetzbuch beinhaltet nicht nur die Regelungen zu den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung, sondern auch jene Teile des Sozialrechts, die als Leistungen staatlicher Fürsorge aus Steuermitteln finanziert werden und nicht den Charakter einer Versicherung tragen. Das IAB befindet sich im Gebäude des ehemaligen Hauptzollamtes auf dem Gelände der Bundesagentur für Arbeit in 90478 Nürnberg, Weddigenstr. 20 - 22, Anfragen unter Telefon: 0911/179-0. - IAB-Kurzbericht 2/2008, 8 DIN A 4-Seiten, Kostenlose pdf-Downloads unter: www.erwerbslos.de/positionen oder www.iab.de (Alp)

Früher griffen Handwerksmeister zu vollen Auftragsbüchern,

1-Euro-Jobber führen vollwertige Auftrags-Handwerksarbeiten aus. Abermals hat ein @lptraum-Redakteur das Wirken des städtischen Stützpunktes Hölderlinstraße fotografisch dokumentiert. Die Landeshauptstadt Hannover Jugendamt lässt ihren Kindergarten mit diagnostisch / pädagogischen Son-

deraufgaben im Mühlenweg 4 derzeit aufarbeiten. Tätig sind mehrere 1-Euro-Jobber, eingesetzt als Maler. Der direkt nebenan ansässige Malerbetrieb ist bereits durch @lptraum informiert, verspricht dieses Thema bei der Handwerkskammer anzusprechen. @lptraum wird weiter berichten. (Alp)



Foto: Kindergarten Mühlenweg 4 (DoMi)

heute zu leeren Pfandflaschen in öffentlichen Papierkörben...

@lptrraum-Buchtipp: *Das Leben ist zu kurz für langweilige Büche***Berlin für Arme****Ein Stadtführer für Lebenskünstler**

Deutschlands erster Stadtführer für Leute ohne Kohle von Bernd Wagner & Luise Wagner: *"Sich damit zu trösten, dass ein Armer größere Chancen hat, in*

den Himmel zu kommen, als ein Reicher, genügt uns nicht. Wir wollen mit unserem Buch BERLIN FÜR ARME beantworten, wie er schon vorher des paradisiatischen Lebens teilhaftig werden kann - nicht mehr, aber auch nicht weniger", so das Credo dieses Werkes. Bernd und Luise Wagner zeigen, wie es geht: kreativ, frech und mit einer Prise zivilem Ungehorsam.

Arm, aber stilvoll - Perfektes Timing:

In Zeiten, in denen prominente Mitglieder des Berliner Senats Hartz IV-Empfänger in Sachen Lebenskunst beraten und mit Menüvorschlägen die mehr oder weniger latente existenzielle Not ins Lächerliche ziehen, schlägt das finanzielle Prekariat zurück. Motto: Wir sind arm, aber sexy, und das ist gut so. Denn Bernd und Luise Wagner zeigen in ihrem gut recherchierten und komplett alltags-tauglichen Ratgeber BERLIN FÜR ARME, wie man in der Hauptstadt mit wenig Knete ein durchaus stilvolles Leben führen kann. Dazu gehören Tipps wie der taktisch kluge Umgang mit der selbstgefälligen Bürokratie im Job-Center, aber auch der Mut, sich mehr oder weniger spontan ergebende "Zuwendungen" nicht durch die Lappen gehen zu lassen. Aber das ist in der

einigen westlichen Hauptstadt, in der sich auch als Student, Praktikant, geringverdiener, Bohemien oder "dreizehnter Haushalt" (laut Statistik bekommt jeder dreizehnte Berliner Haushalt Sozialhilfe) mit ziemlich wenig noch ziemlich gut leben lässt, sowieso kein Thema. Denn nicht umsonst gilt sie als **Stadt der Kreativen - war es doch schon immer eine Berliner Tugend, aus wenig viel zu machen.**

Und so erfährt man:

wie man sich bei Botschaftsempfängen den Bauch vollschlagen kann und kostengünstig in die Kulturtempel der Hauptstadt kommt

wie man auf seine tägliche Zeitungslektüre nicht verzichten muss

wie man für wenig Geld gut isst oder sich von der Natur den Tisch decken lässt (mit Lageskizze für Obstbäume, Pilzstellen und Fischgebiete)

wie man dem Berliner Winter entkommt wie man sich von Behörden und Arbeitsämtern nicht kleinkriegen lässt...

@lptrraum-Frage im Juni:**Wie komme ich nach Berlin ?**

Eichborn AG Berlin, 03/08, ISBN: 3821858303, Broschiert, 200 Seiten, 8,95 €

Infos: www.eichborn-verlag.de (ErSt)**Email an @lptrraum-Redaktion: Asphalt-Interviews zu fairKauf gestoppt**

Aufgrund der Veröffentlichung eines Artikels in @lptrraum 04/08 über das Sozialkaufhaus fairKauf traf fairKauf-Vorstand Reinhold Fahlbusch den @lptrraum-Redakteur Heinz-Dieter Grube zu einem Asphalt-Interview in der Redaktion der Asphalt-Zeitung. Fotos wurden gemacht, über eine Stun-

de Gesprächsaufzeichnung zu den Argumenten pro und kontra zum Sozialen im sozialen Kaufhaus fairKauf. Eine Email beendete den Diskussions-Ansatz, gab Hinweis darauf, dass das geführte Gespräch nicht, wie zuvor beabsichtigt, als Beitrag in Asphalt erscheint. Kritische Berichte zu fairKauf

sind scheinbar unerwünscht. Im Bereich "Medienecho" der Internetpräsenz von fairKauf sind z.B. keine Hinweise zu den kritischen Beiträgen in @lptrraum zu finden. Ein Medienecho, das nur aus wohlgefälliger Presse bzw. aus Eigenartikeln besteht? Was gibt es zu verbergen? www.fairkauf-hannover.de (HaDe)

"Üstra, Üstra ungeheuer, erstens Scheiße, zweitens teuer!"

(Damals vor 39 Jahren, ... anno Juni 1969: Roter-Punkt-Slogan auf Hannovers Straßen)

"Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren"

(Damals vor 41 Jahren, ... anno Nov. 1967: Studentenprotest im Audimax Uni Hamburg)

Rechtsextremistische NPD-Partei verbieten: Nazis Plagen Deutschland...Alle Menschen sind Ausländer. Fast überall. **nonpd**-Infos unter: www.npd-verbot-jetzt.de**Olympia 2008 Beijing / VR China: One World - One Dream - Free Tibet...**

Mahnwache: Hannover/Kröpcke - Infos: Tibet Zentrum Hannover e.V., Odeonstr. 2, 30159 Hannover

TRANSNET & GDBA: Keine Bahnprivatisierung! DB-Börsengang stoppen!Weitere Infos unter: www.bahnvonunten.de oder: www.deinebahn.de**Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:****H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.

**+++ 3,5 Jahre "Hartz IV" +++ 3,5 Jahre @lptrraum 2005 - 2008 +++**

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Juni - 2008

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 4, Ausgabe 6

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di Ortserwerbslosen- ausschuss Region Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeithaus Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)


Offener Abend bürgerinitiative gartenhaus

Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt,

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen,
werden wir verjagen!** *Jetzt reicht's!*
 www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org 

 Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum-Termine im Juni 2008:

+++ Termine im Juni +++

Sonntag, 1. Juni 2008, ... 1252 Tage Hartz IV:

Renten-Erhöhung (Nullrunde seit 2003) zum 1.7. um 1,1 Prozent.
ALG-II-Regelsatzerhöhung auf 351,- Euro zum 1.7. um 1,1 Prozent.
Contergan-Rente für Pharma-Opfer steigt zum 1.7. um 100 Prozent.
Die Herren Statiker machen Urlaub: Verkündung der monatlichen
@beitslosenzahlen für Juni 2008 erst am Dienstag, 1. Juli 2008...

Damals vor 41 Jahren, ... anno 2. Juni 1967:

Der hannoversche Student **Benno Ohnesorg** wird in Berlin bei
einer Anti-Schah-Demo von einem Zivilpolizisten erschossen. -
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) mobilisiert
zum Trauermarsch am 9.6.67 in Hannover über 7000 Studenten...

Dienstag, 3. Juni 2008, 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr:

After-Work-Bildung 2008 "Neue Lebensräume für die Zukunft"
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

7.6. - 29.6.08, Fußball EM 2008: Österreich + Schweiz

Basel, Genf, Wien, Klagenfurt, Zürich, Bern, Innsbruck, Salzburg...

Samstag, 7.6.2008, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr: Bürgeramt

Bürgeramt Mitte (Leinstr.) jeden Samstag bis Ende Juni geöffnet
Leinstraße 14 (Markthalle), 30159 Hannover, Telefon 168-42711

Dienstag, 10. Juni 2008, 10.00 bis 18.00 Uhr: @lp-Tipp

"Mit Gott für Kaiser und Vaterland!" Eintritt 2,50 € / Ermäßigt 1,50 €
1914-1918: Das Hildesheimer Kriegsmuseum im Ersten Weltkrieg
Stadtmuseum im Knochenhauer-Amtshaus, Markt 7, 31134 Hildesheim
Telefon 05121/301-163, Dienstag bis Sonntag von 10 - 18 Uhr geöffnet

Donnerstag, 12. Juni 2008, 10 Uhr: Gedächtnistraining

ver.di-Bezirk Hannover/Leine-Weser FB 8 Medien, Kunst u. Industrie
ver.di-Höfe, Rotation, Saal 1, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

Damals vor 3 Jahren, ... per Fax anno 20. Juni 2005:

Von der Justiz-Abteilung der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit
wird die @lptraum-Redaktion gegen Strafandrohung von 5.000 Euro
aufgefordert, das 3-eckige A-Logo der BA nicht mehr zu verwenden:
Es bestehe "Verwechslungsgefahr"... (*taz Nord 7705 vom 2.7.2005*)

Fr., 20.06.08 - So., 22.06.08, Beachvolleyballturnier

Sommer, Sonne, Strand und Meer: **Banter See/Wilhelmshaven**
ver.di Jugend Niedersachsen-Bremen, Phone 0511-12400153

Donnerstag, 26. Juni 2008, 19.30 Uhr: »Vor dem Crash -

Nach dem Crash. Entfesselter Kapitalismus ohne Alternative?«
Reichtum global - eine andere Verteilungspolitik ist möglich und sie
ist nötig! - Vortrag & Diskussion mit Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ
DGB, attac, Rosa Luxemburg BW, VHS Hannover, Th.-Lessing-Platz 1

Damals vor 39 Jahren, im Juni 1969: Rote-Punkt-Aktion

"Üstra, Üstra ungeheuer, erstens Scheiße, zweitens teuer!"
Roter-Punkt-Slogan im Sommer 69 auf Hannovers Straßen - seitdem
finden Fahrpreiserhöhungen im Winter statt... (@lptraum 6/05 + 9/07)

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern
täglich 1,27 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung !!!
Monatlicher Mobilitätsanteil: 13,88 Euro für BG-Vorstände.**



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de



@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben